

gigen¹⁰ Problemen, zur Notwendigkeit einer allfälligen Anpassung der gegenseitig unterzeichneten Vereinbarungen und des Erlasses allfälliger Vertragsbestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und namentlich auch zur Vermeidung der Steuerflucht sowie zur tatsächlichen Stellung der Auslandschweizer in Liechtenstein.¹¹

Das *Liechtensteiner Volksblatt* berichtete darüber am 22. März 1973 und verwies insbesondere darauf, dass es richtig und wichtig sei, die gegenseitigen Beziehungen einer Überprüfung zu unterziehen und besonders auch die eigene, liechtensteinische Positionierung grundlegend zu überdenken und allenfalls neu zu gestalten.¹²

Die Antwort des Bundesrats vom 21. Dezember 1973 kam zu folgenden Schlussfolgerungen: Die Beziehungen zu Liechtenstein hätten sich seit Abschluss des Zollanschlussvertrages durchaus positiv entwickelt, die hängigen Probleme von Bedeutung beträfen vor allem den PTT-Vertrag und gewisse Aspekte des Umweltschutzes im nachbarlichen Verhältnis, die geltenden Verträge und Vereinbarungen entsprächen im Wesentlichen den heutigen Gegebenheiten, ausgenommen der PTT-Vertrag, über den Revisionsverhandlungen im Gange seien. Die Regelung anderer Probleme, wie z. B. der nachbarschaftlichen, erfolge auf dem Weg des gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausches und soweit erforderlich durch zwischenstaatliche Verhandlungen. Es bestehe insbesondere keine Notwendigkeit, zwischen der Schweiz und Liechtenstein ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Vermeidung der Steuerflucht abzuschliessen. Die tatsächliche Stellung der Auslandschweizer in Liechtenstein sei in jeder Hinsicht befriedigend und es dränge sich deshalb keine Änderung auf.

Diese Antwort des Bundesrats führte auf liechtensteinischer Seite doch zu einer grossen Erleichterung, da er die bestehenden Beziehungen zu Liechtenstein nicht grundsätzlich in Frage stellte. Einige der angesprochenen Themen blieben über die anschliessenden Jahre und Jahrzehnte immer wieder auf der Tagesordnung und gehörten auch zu den für Hans Brunhart wichtigen Dossiers.

10 Hiermit meinte der Postulant u. a. die für die Schweiz vermeintlich unbefriedigende Situation, dass Liechtenstein aus dem Postvertrag zu Lasten der Schweiz profitiere.

11 *Liechtenstein 1938–1978*, S. 438–439.

12 *Liechtenstein 1938–1978*, S. 438–439.